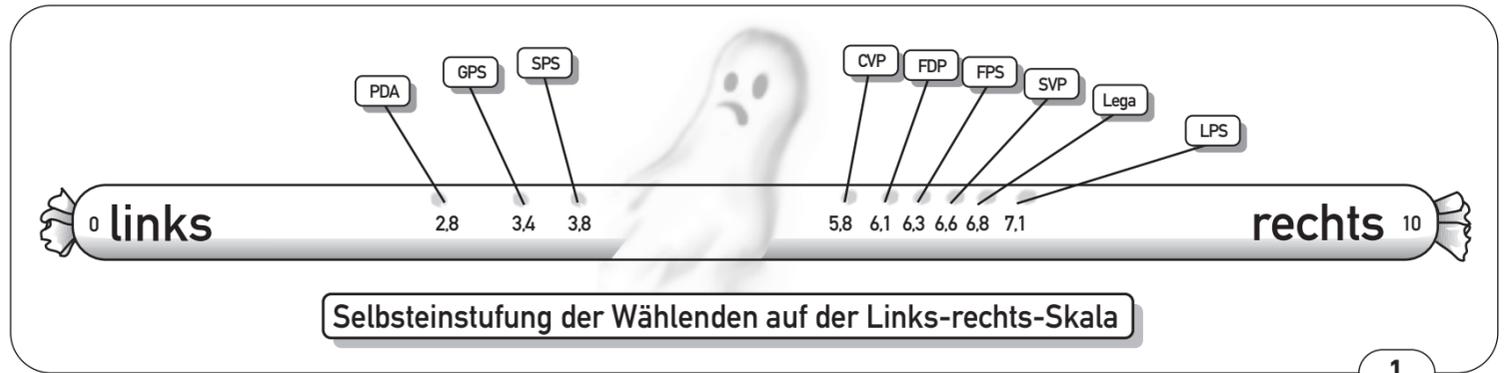


DIE WICHTIGSTEN RESULTATE DER ERSTEN UMFASSENDEN WAHLBEFRAGUNG

Das Phantom in der Mitte



Selbsteinstufung der Wählenden auf der Links-rechts-Skala

1

	Für eine Schweiz ohne Armee	Für höhere Sozialausgaben des Bundes	Für einen EU-Beitritt	Für gleiche Chancen für AusländerInnen	Für die Infragestellung der Traditionen	Für geringe Betonung von Ruhe und Ordnung	Für Priorität Umweltschutz	Für höhere Steuern auf höhere Einkommen	Für eine Schweiz ohne Atomenergie	Gerundeter Durchschnitt aus allen Issues
SPS	53	64	76	70	43	31	62	81	72	61,5
CVP	18	23	53	49	22	14	45	59	51	37
FDP	14	29	64	41	23	11	38	50	44	35
SVP	40	22	11	32	8	9	37	58	39	24,5

Die neun Fragen und ihre Bewertung in Prozentanteilen für die Wählenden der Regierungsparteien (sehr dafür und eher dafür) (n=1233)

2

ROGER MONNERAT

Am 24. Oktober 1999, in einem Jahr, finden die nächsten eidgenössischen Wahlen statt. Erstmals in der Schweiz werden sich die ParteistrategInnen bei der Wahlkampagne auf eine fundierte, wissenschaftliche Untersuchung abstützen können, nämlich auf die im Rahmen der «Swiss Electoral Studies» (selects) von den Instituten für Politikwissenschaft der Universitäten Bern, Genf und Zürich gemeinsam durchgeführte Wahlbefragung¹. Sie fand im Anschluss an die National- und Ständeratswahl 1995 statt und soll bei den nächsten Wahlen wiederholt werden. Rund 7500 Personen wurden telefonisch zu ihrem Wahlverhalten 1991 und 1995 interviewt².

Bundesratsparteien 1975–1995 (in %)	75	79	83	87	91	95
SPS	24,9	24,4	22,8	18,4	18,5	21,8
CVP	21,1	21,3	20,2	19,6	18	16,8
FDP	22,2	24	23,3	22,9	21	20,2
SVP	9,9	11,6	11,1	11,0	11,9	14,9

Im Herbst 1995 waren die Sozialdemokratische Partei (SPS) und die Schweizerische Volkspartei (SVP) als Gewinnerinnen aus den Wahlen hervorgegangen. Für die SP (+3,3 auf 21,8 Prozent) schauten dabei dreizehn, für die SVP (+3 auf 14,9 Prozent) vier zusätzliche Nationalratssitze heraus. Mit dem Erfolg ihrer beiden äusseren Pole ging die regierende Parteienkoalition insgesamt gestärkt aus den Wahlen hervor (+4,3 auf 73,7 Prozent). Die Gewinne der SPS wurde von der Öffentlichkeit als Folge der anhaltenden Wirtschaftskrise, jene der SVP als Resultat der Mobilisierung der EU-GegnerInnen aufgefasst.

Die erste Schweizer Wahluntersuchung stellt nun die Interpretation dieses Wahlausgangs in ein anderes Licht: Die PolitikwissenschaftlerInnen fanden keinen Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und SP-Erfolg, und sie kamen zum Schluss, dass die Europa-Frage zwar eine Verschiebung zugunsten der SVP bewirkte, doch nur im bürgerlichen Lager.

Die Untersuchung brachte in anderer Hinsicht eine grosse Überraschung hervor: Das entscheidendste Kriterium für die Wahlentscheidung war schlicht und einfach die Links-rechts-Orientierung der Stimmenden. Konkret heisst das: Hierzulande kommt es bei Wahlen nicht drauf an, ob Frau oder Mann, ob arm oder reich, ob eine auf dem Land

wohnt oder in der Stadt, ob einer erwerbstätig ist oder nicht. Das einzig relevante Entscheidungskriterium ist, ob der/die Wählende sich als politisch links oder rechts einstuft.

Wie fanden die ForscherInnen dies heraus? Sie forderten die Befragten auf, sich selbst auf einer von null bis zehn reichenden Links-rechts-Skala politisch zu situieren. Dabei ergab sich folgende durchschnittliche Selbsteinstufung: Die Grüne Partei kam auf 3,4 und die SP auf 3,8 Skaleneinheiten links der Mitte. Rechts der Mitte folgt mit zwei Skaleneinheiten Abstand die CVP (5,8), dann die FDP mit 6,1 und die SVP mit 6,8 Punkten. **Tabelle 1**

KLARE SELBSTEINSCHÄTZUNG

Nicht weniger sensationell als die deutliche Polarisierung bei der Selbsteinschätzung ist, dass gegen 90 Prozent der Wählenden 1991 und 1995 eine klare Vorstellung davon hatten, wo sie politisch stehen.

Diese überraschend hohe Quote bei der Links-rechts-Positionierung ist heute bei Männern (92 Prozent) wie bei Frauen (85 Prozent) anzutreffen. Als 1971 das Frauenstimmrecht eingeführt wurde, lag der Anteil der Frauen, die sich politisch im Links-rechts-Spektrum klar positionierten, noch unter 50 Prozent. Die Bereitschaft oder Fähigkeit zur Selbstidentifikation im Links-rechts-Schema hat, so der Mitautor der Studie, Daniel Schloeth, in der Schweiz seit Anfang der siebziger Jahre generell zugenommen, sie ist heute so üblich wie in anderen europäischen Staaten (Frankreich, BRD, Italien).

Doch aufgrund welcher Kriterien beurteilen sich die Leute als links oder als rechts stehend, heute, da niemand mehr zu wissen scheint, was links und rechts überhaupt bedeutet? Die Wahluntersuchung 1995 macht deutlich, dass «links und rechts» nach wie vor nicht «zu verwechseln» sind, wie es im bekannten Gedicht von Ernst Jandl heisst. Die Meinungen der Befragten zu neun zentralen Themen oder «Issues» – sie konnten von «sehr dafür» über «eher dafür» und «unentschieden» bis «eher dagegen» und «sehr dagegen» abgestuft werden – lassen an Klarheit nichts zu wünschen übrig und decken sich in verblüffender Weise mit der Selbsteinschätzung auf der Links-rechts-Skala. **Tabelle 2**

MEHRHEIT FÜR EUROPA

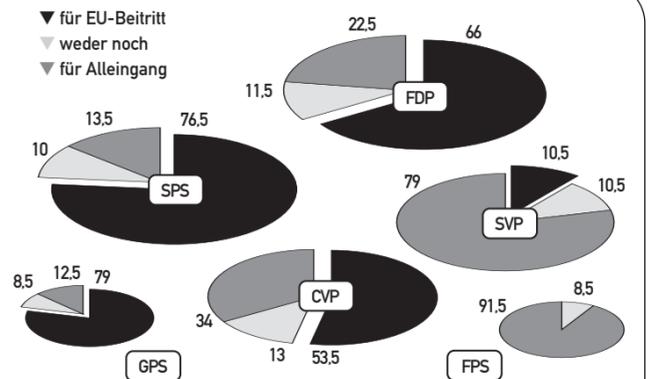
Bei der Bewertung der neun Issues fällt auf, dass die deutliche Lagerbildung in einer Frage durchbrochen wird: beim EU-Beitritt. Bei diesem Issue ergab sich bei der Wahlbefragung 1995 eine Mehrheit von 57 Prozent für den EU-Beitritt und eine Minderheit von 32 Prozent für den Alleingang, wobei sich hier die Übervertretung der SP-Nahen unter den Befragten leicht verzerrend auswirkt. **Tabelle 3** zeigt, wie sich die einzelnen Positionen innerhalb der Parteien verteilen.

In allen anderen Issues zeigt sich eine Differenz zwischen dem SP-Wert und den Wer-

Die vollständigen Fragen:

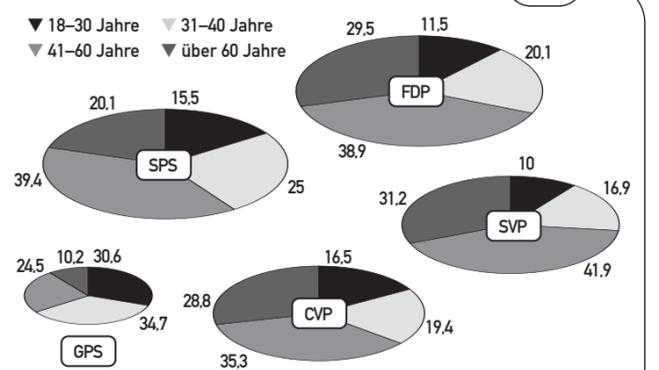
1. Sind Sie für eine starke Armee oder für eine Schweiz ohne Armee?
 2. Sind Sie für eine Verringerung oder für eine Erhöhung der Sozialausgaben des Bundes?
 3. Sie für den Beitritt der Schweiz zur EU oder für den Alleingang der Schweiz?
 4. Sind Sie dafür, dass die AusländerInnen in der Schweiz die gleichen Chancen haben, oder sind Sie dafür, dass die SchweizerInnen bessere Chancen haben?
 5. Sind Sie für eine Schweiz, die ihre Traditionen verteidigt, oder sind Sie für eine Schweiz, die ihre Tradition in Frage stellt?
 6. Sind Sie für eine Schweiz, in der Ruhe und Ordnung wenig betont werden, oder für eine Schweiz, in der Ruhe und Ordnung stark betont werden?
 7. Sind Sie für eine Schweiz, in der der Umweltschutz wichtiger ist, als das wirtschaftliche Wachstum, oder sind Sie für eine Schweiz, in der das wirtschaftliche Wachstum wichtiger ist als der Umweltschutz?
 8. Sind Sie für eine Erhöhung oder für eine Verminderung der Steuern auf hohe Einkommen?
 9. Sind Sie für eine Schweiz mit Atomenergie oder für eine Schweiz ohne Atomenergie?
- n = Anzahl der Befragten

Ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen liegt die erste wissenschaftliche Wahluntersuchung vor. Das brisante Resultat: Ausschlaggebend für den Wahlentscheid ist nicht, wie alt eine Person ist, wie viel sie verdient oder wo sie wohnt. Entscheidend ist, ob sie politisch links oder rechts steht. Die Mitte von der alle reden, gibt es nicht.



Haltung zur EU innerhalb der Parteien (n=924)

3



Altersgruppen innerhalb der Parteien (n=933)

4

¹ Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Ulrich Klöti (Hrsg.): «selects wählen 2. Schweizer Wahlen 1995». Verlag Paul Haupt, Bern 1998. 342 Seiten. 48 Franken.
Daniel Schloeth: «selects wählen 3. Vor die Wahl gestellt». Verlag Paul Haupt, Bern 1998. 299 Seiten. 58 Franken. (Siehe WöZ Nr. 36/98)

² 9284 Personen wurden angefragt, 7561 waren zu Interviews bereit. Dieses Sample verteilt sich auf eine nationale Stichprobe mit 1981 Beteiligten und Stichproben für zehn Kantone mit 5580 Befragten. Speziell berücksichtigt wurden die Kantone ZH, BE, VD, AG, GE, LU, TI, VS, SH, GL. Die Altersgruppe 25 bis 44, die Frauen (+1,3 Prozent), die SP-Wählenden (+4 Prozent) und die Wählenden insgesamt (+20 Prozent gegenüber den Nichtwählenden) waren übervertreten. Dies ist bei solchen Befragungen nicht unüblich, Linke und Wählende sind auskunftsfreudiger.

Das Phantom ... Fortsetzung von Seite 9



ten im bürgerlichen Lager, die immer zwischen fünfzehn und vierzig Prozentpunkten liegt, zwischen SP und SVP bei zwei Issues bei über vierzig und über sechzig. Schon fast aus dem Rahmen fällt die SVP-Mehrheit für die stärkere Besteuerung hoher Einkommen und der immerhin beachtliche 32-Prozent-Anteil für gleiche Chancen für AusländerInnen. Auffällig ist auch der FDP-Anteil für höhere Sozialausgaben des Bundes. Bei den SP-WählerInnen überrascht die deutliche Priorität, die dem Umweltschutz gegenüber dem Wirtschaftswachstum eingeräumt wird; sie erklärt sich wahrscheinlich durch die Formel «Wirtschaftswachstum durch Umweltschutz», die sich die SP zu Eigen gemacht hat.

Das Bild, das sich bei den WählerInnen der Bundesratsparteien zeigt, wird durch die Ausweitung auf alle Befragten nicht wesentlich verändert. Dass sich die GPS-Wählenden – ausser in der Waadt und in Genf – als «links von der SP» beurteilen, stimmt mit den Antworten auf die neun Fragen überein. Wer der GPS nahe steht, lehnt die Armee ein wenig deutlicher ab und räumt dem Umweltschutz und der Integration der AusländerInnen leicht mehr Bedeutung ein, als es SP-SympathisantInnen tun. Diese geringfügige Akzentverschiebung zwischen Grünen und SP erklärt sich aus der stark überdurchschnittlichen Vertretung der jungen Generation bei den WählerInnen der GPS. **Tabelle 4**

GPS und SP bilden zusammen mit kleinen feministischen und grün-alternativen Gruppierungen sowie der PdA eindeutig ein linkes Lager. Das rechte Lager wird durch die Freipartei (FPS), die Liberale Partei (LPS), die Schweizer Demokraten (SD), die Lega ticinese und andere kleine Gruppierungen ergänzt.

WO BLEIBT DIE MITTE?

Die Bewertung der neun Issues und die Selbstpositionierung der Wählenden macht zudem deutlich, dass zwischen den beiden Polen eine Lücke klafft. Dies – sowie die klare Selbstpositionierung der Befragten – widerspricht der weit verbreiteten Ansicht, in modernen Konsum- und Dienstleistungsgesellschaften hätten politische Orientierungen nur noch eine geringe Bedeutung und eine breite, ideologisch indifferente Mitte treffe von Fall zu Fall sachbezogen und auf Nutzen bedacht ihre Wahl. Auch die verbreitete Vorstellung, die Schweizer Bundesratsparteien würden sich im Mittelfeld tummeln und seien kaum unterscheidbar, scheint einer Grundlage zu entbehren. Die Wahluntersuchung zeigt ein ganz anderes Bild. **Tabelle 5**

Der Anteil der Befragten aus allen Parteilagern, die sich als links einstufen, beträgt 34 Prozent, jener für die Mitte 29 Prozent, jener für die Rechte 37 Prozent (Schloeth). Werden die Linke und die Mitte zusammengezählt, ergibt sich rein rechnerisch zwar eine Mitte-links-Mehrheit von 63 Prozent, nur ist in dieser Allianz die Mitte im Verhältnis von drei zu eins bürgerlich dominiert. Mit der Rede von der Mitte-links-Mehrheit können sich Linke

über ihre eigene Schwäche hinwegtrösten, und sie kommt jenen KommentatorInnen entgegen, denen der Links-rechts-Gegensatz in einer modernen, sozial ausgeglichenen Gesellschaft als archaisches Überbleibsel erscheint. Über die fehlende politische Mitte hinweg schlägt einzig ein Thema eine starke Brücke vom linkem zum rechtem Lager, nämlich ausgerechnet die Europa-Frage, von der man sagt, sie spalte die Schweiz.

SPEZIALFALL SCHWEIZ

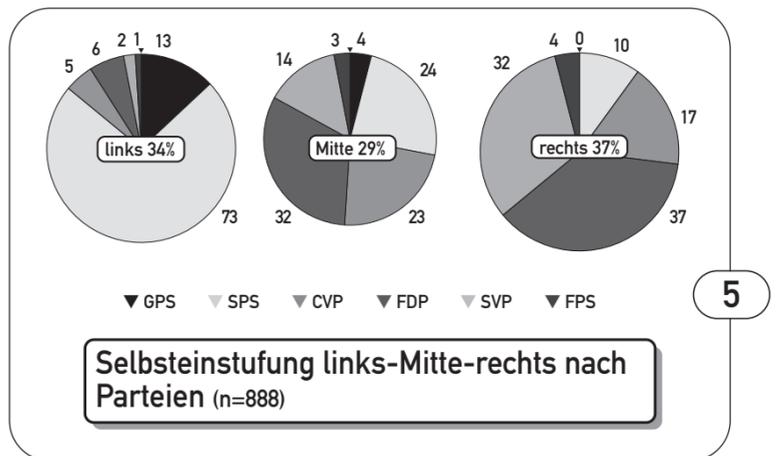
Die Wahluntersuchung 1995 erwies sich auch für die beteiligten ForscherInnen als Überraschung. In vergleichbaren internationalen Befragungen werden ergänzend und in Konkurrenz zueinander drei Untersuchungsansätze verwendet: der «Rational Choice»-Ansatz, der soziostrukturelle Ansatz und der sozial-psychologische Ansatz. Von diesen drei Ansätzen erwies sich für die Schweiz nur der dritte als wirklich aussagekräftig.

– Nach dem sozial-strukturellen Ansatz wird das Wahlverhalten vor allem durch die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen – etwa der ArbeiterInnen, der ArbeitnehmerInnen, der Selbständigen, der Bildungs- oder Einkommensschichten oder der Zugehörigen einer bestimmten Konfession – geprägt. Wählerinnen und Wähler sind nach dieser Theorie dauerhaft eingebettet in gesellschaftliche und politische Milieus.

– Der «Rational Choice»-Ansatz (rationale Entscheidung) postuliert ein pragmatisches, flexibles und individualistisches Verhalten der Wählenden: Demnach wählen sie eine Partei oder eine Person, wenn sie sich aufgrund von deren bisherigen Leistungen und Programmen einen Nutzen versprechen.

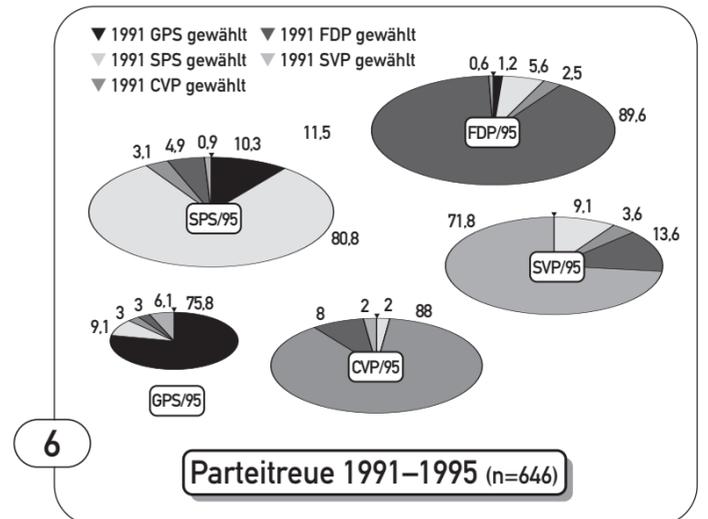
– Der sozialpsychologische Ansatz relativiert die Bedeutung traditioneller gesellschaftlicher Bindungen: Aufgrund persönlicher Erfahrungen bilden die Wählenden in jungen Jahren politische Präferenzen heraus, die sie zur Nähe oder zur Identifikation mit einer bestimmten Partei motivieren können (Klöti/Linder).

Der «Rational Choice»-Ansatz ist für die Schweiz fast bedeutungslos, weil er auf ein Regierung-Opposition-System mit klarer wirtschaftspolitischer Verantwortlichkeit zugeschnitten ist. Zum zweiten und dritten Ansatz schreiben Ulrich Klöti und Wolf Linder: «Deutlich im Gegensatz zu den europäischen Ländern steht der Befund, dass die üblicherweise herangezogenen sozial-strukturellen Merkmale den Wahlscheid in der Schweiz wenig beeinflussen. Das charakterisiert schweizerische Parteien – mehr als die Parteien vieler anderer Länder – als Volksparteien, die ihre Wählerinnen und Wähler aus allen gesellschaftlichen Schichten mobilisieren. Bedeutsam für den Wahlscheid ist die Links-rechts-Spaltung, dies deutet auf eine Entlassung der schweizerischen Wählerschaft aus ihren sozialen Bindungen hin.» Doch falls soziologische Kriterien wie Alter, Geschlecht, Religion, soziale und berufliche Stellung, Wohnort, Sprache und Ähnliches



Selbsteinstufung links-Mitte-rechts innerhalb der Parteien (n=1233)

	GPS	SPS	CVP	FDP	SVP
Links	88	69	12	8	4
Mitte	22	20	46	36	25
Rechts	0	11	42	56	71



beim Wahlscheid wirklich keine Rolle spielen, sind dann VOX-Abstimmungs- und Wahlanalysen, die genau solche Parameter benutzen, um die Ergebnisse zu interpretieren, sinnlos? Aufgrund der Wahluntersuchung 1995 heisst die Antwort auf diese Frage: Soziologische Kriterien haben im Nachhinein eine gewisse Erklärungskraft, für Prognosen taugen sie nicht. Auch wenn Kriterien wie «jung», «Frau», «in der Stadt lebend», «angestellt», «neue Mittelklasse», «guter Verdienst» eine geringfügig höhere Präferenz für das linke Lager erwarten lassen, helfen sie für Voraussagen und Werbefeldzüge nicht weiter. Die Gruppe, auf die diese Kriterien zutreffen, ist im Vergleich zur Gesamtheit der Bevölkerung sehr klein; um sie zu finden, müssen zu viele Fragen gestellt werden.

Statt mit soziologischen Merkmalen die Nadel im Heustock zu suchen, lässt sich allein mit der Frage, was jemand zur Atomenergie oder zur Armee denkt, mit ziemlich grosser Wahrscheinlichkeit ableiten, wo diese Person politisch steht. Die Treffsicherheit erhöht sich mit jedem weiteren der neun Issues, und sie erreicht das Maximum, wenn alle abgefragt sind. Ein solches Vorgehen hiesse letztlich aber nur, unnötig lange um den Brei herumzureden. Die einfache Frage: «Stehen Sie links?», würde in den allermeisten Fällen sofort zum Ziel führen.

SIND WAHLKÄMPFE NOCH NÖTIG?

Die Wahluntersuchung 1995 hat auch erlaubt, zwei unter Schweizer Politik-ForscherInnen verbreitete Thesen zu überprüfen. Die erste lautet, Wahlen und Abstimmungen seien in der Schweiz zwei Paar Stiefel, weil die Parteien dank Initiativen und Referenden von klaren Haltungen zu Sachfragen entlastet werden. Die starke Übereinstimmung zwischen politischem Positionsbezug und Bewertung von zentralen Issues, die die Wahluntersuchung hervorbrachte, deuten aber darauf hin, dass sich die BürgerInnen auch bei Abstimmungen entsprechend ihrer politischen Orientierung und ihrer Parteipräferenzen entscheiden. Linder schreibt: «Die für uns zentrale theoretische Frage wird positiv und entgegen bisheriger Vermutungen beantwortet: Sachfragen sind für den Wahlscheid auch in der direkten Demokratie von Bedeutung.» Diese erste These wurde widerlegt.

Die Wahluntersuchung 1995 ergab allerdings, dass die Partei-Identifikation in den letzten zwanzig Jahren gesunken ist: Heute stehen nur noch 42 Prozent der WählerInnen einer Partei nahe (vor zwanzig Jahren waren es noch 53 Prozent). Wie wirkt sich dies aus? Zum einen entspricht diese Abnahme unge-

fähr jener bei der Stimmbeteiligung, entscheidender aber – und die Wahluntersuchung 1995 hat diese Beobachtung bestätigt – ist, dass unregelmässig Stimmende nicht anders stimmen als regelmässige UrnengängerInnen. Abstimmungsüberraschungen gibt es deshalb nur dann, wenn es innerhalb der bürgerlichen Parteien und politischen Lager zu Spaltungen kommt. Typische Beispiele dafür sind das AKW-Moratorium 1990, die Alpeninitiative 1994 sowie die Referenden gegen das Arbeitsgesetz 1996 und die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung 1997. Die Abstimmungen zu den bilateralen Verhandlungen oder über einen EU-Beitritt könnten weitere Beispiele werden.

Die zweite These lautet: Es gibt in der Schweiz keine nationalen Wahlen, sondern aufgrund der Diskrepanz zwischen den Wahlvoraussetzungen in grossen und kleinen Kantonen nur kumulierte Kantonswahlen. Auch diese These wurde durch die Wahluntersuchung nicht bestätigt. In Zürich, wo im Wahlkampf 1995 rund 800 BewerberInnen auf 27 Listen für 34 Sitze kandidierten und allein die Wahlinserate fünf Millionen Franken kosteten, wurde der Wahlausgang durch dieselbe grundlegende Links-rechts-Orientierung bestimmt wie in Genf, wo 94 BewerberInnen auf 15 Listen für 11 Sitze ins Rennen gingen und nur 70 000 Franken für Inserate ausgegeben wurden. Klöti und Linder schreiben: «Die empirische Analyse anhand der Stellungnahmen zu neun Issues und der Einstufung auf der Links-rechts-Skala ergibt, dass die Wählenden der wichtigsten Parteien homogenere Positionen einnehmen, als (aufgrund der kantonalen Eigenheiten, Red.) erwartet werden konnte.»

Sind nach den Schlussfolgerungen aus der Wahluntersuchung 1995 Wahlkämpfe in der Schweiz nicht völlig überflüssig? **Tabelle 6** zeigt, welche Wechsel bei den Befragten, die 1995 gewählt haben, tatsächlich stattfanden.

Mindestens 70 Prozent der befragten Personen wählten 1995 die gleiche Partei wie 1991. Im linken Lager zeigt sich ein Austausch zwischen GPS und SP. Da die SP bedeutend mehr Stimmen erzielte, entspricht bei der SP der 10,3-Prozent-Anteil von Personen, die 1991 grün wählten, beinahe der Zahl der Stimmen, die die Grünen 1995 aus dem eigenen Lager erhielten.

Im rechten Lager weisen CVP und FDP Treueanteile von gegen 90 Prozent aus. Die SVP mit einem niedrigeren Treueanteil profitierte deutlich von Stimmen aus dem Lager der FDP, der SP und in geringerer Masse der CVP. In der Tabelle nicht aufgeführt sind die 29 Prozent NichtwählerInnen von 1991, die

1995 an die Urnen gingen. Sie verteilen sich, dem Durchschnitt entsprechend, auf die Parteien, so dass angenommen werden kann, es habe sich um «wiedergewonnene» WählerInnen gehandelt. Umgekehrt blieben 1995 bei CVP und FDP 21 Prozent jener, die sie 1991 gewählt hatten, zu Hause, bei der SP 19 Prozent (Schloeth).

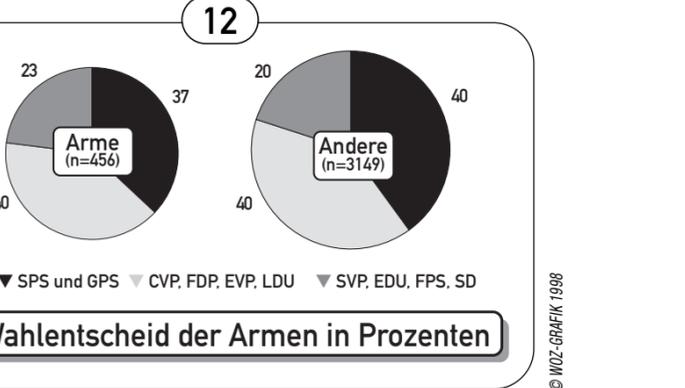
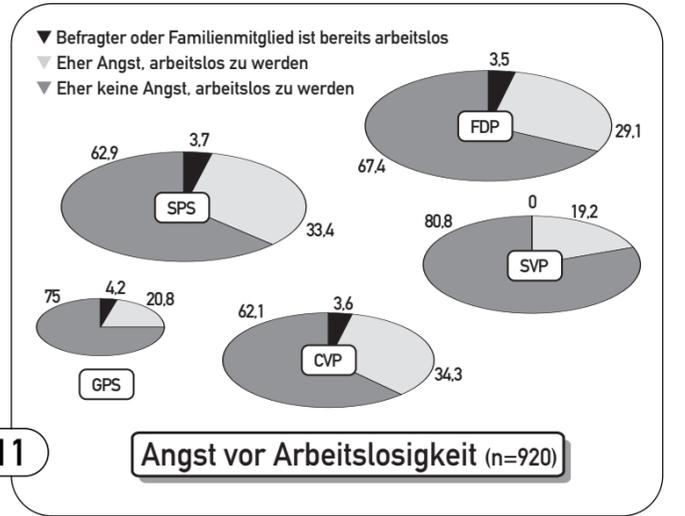
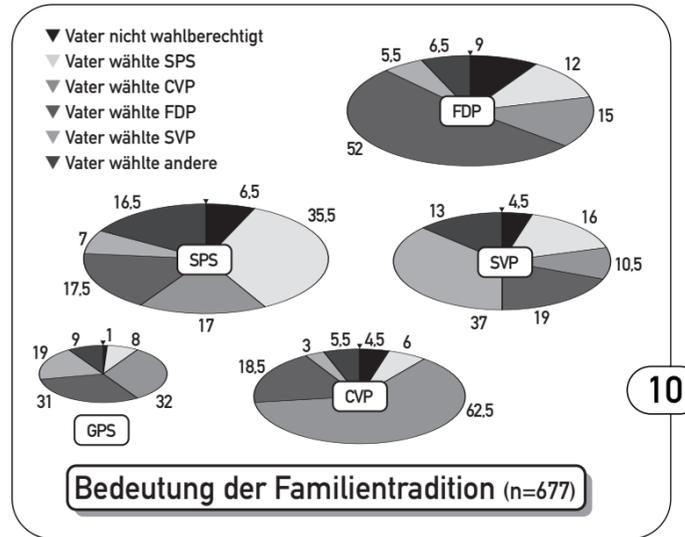
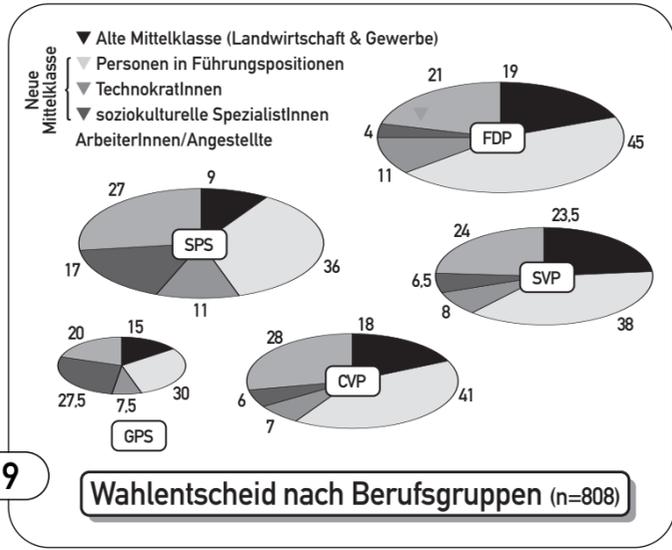
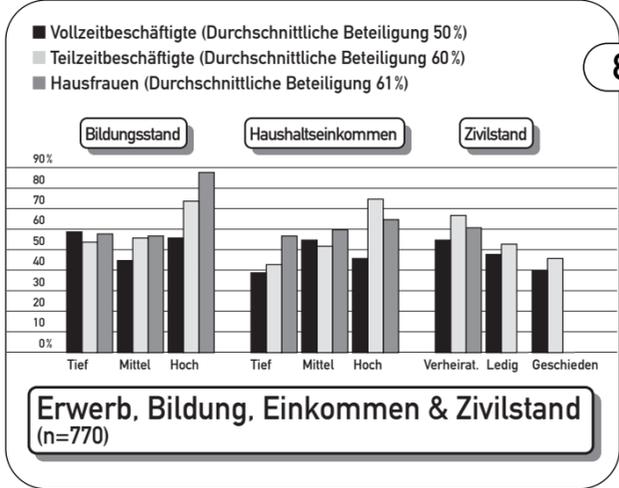
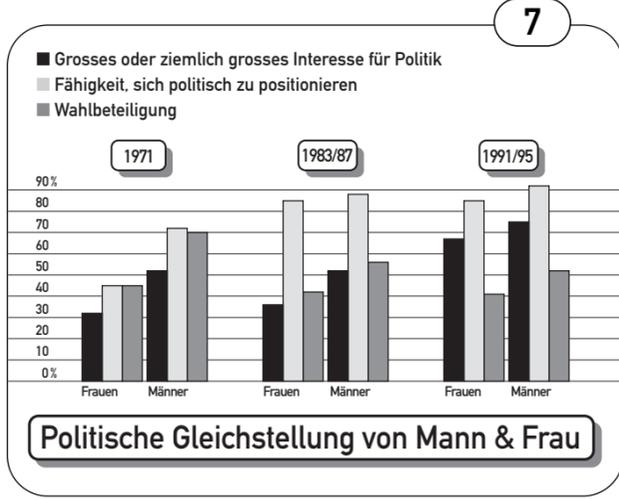
Wie anfangs erwähnt, ist es die EU-Frage, die für die Verschiebungen – vor allem im bürgerlichen Lager – den Ausschlag gab. Da sowohl SP wie FDP eine grössere WählerInnenenschaft als die SVP haben, zahlten sich die Zugewinne von diesen Parteien für die SVP nummerisch relativ stark aus. Die SP hätte ohne Abwanderung an die SVP ein noch besseres Wahlergebnis erzielt. Die Verunsicherung der ParteigängerInnen der GPS ist durch die Haltung der GPS – nein zum EWR, ja zur EU – sowie die massive EU-Kritik der grün-alternativen Strömungen bewirkt worden.

FAZIT

Die Wahluntersuchung 1995 relativiert das Gerede über eine um sich greifende politische Orientierungslosigkeit. Sie zeigt gleichzeitig eine geradezu deprimierende Stabilität der politischen Verhältnisse in der Schweiz. Dies erhellt im Rückblick, weshalb sich nach 1968 und bis Mitte der achtziger Jahre in der Schweiz starke soziale Bewegungen – mit linker Tendenz – im ausserinstitutionellen Bereich herausbildeten, und es legt für die aktuelle Situation den Schluss nahe, dass es sich auch bei der von der SVP angeführten Mobilisierung gegen die EU um eine solche – mit rechten Vorzeichen – handelt. Wolf Linder vermutet, dass die Issue-Orientierung für die politische Sozialisation generell von grösster Bedeutung ist: «Die politische Zeitgeschichte ist von sich wandelnden Hauptthemen bestimmt, die von den Parteien einerseits unterschiedlich besetzt werden, ihnen andererseits aber neue Wählergenerationen mit zeitgeprägter Issue-Orientierung und politischer Sensibilisierung zuführen.»

Im Blick auf die nächsten Wahlen lässt sich sagen: Launische WählerInnen, die heute links und morgen rechts wählen, sich einmal für dies und ein anderes Mal für jenes aussprechen, sind eine Erfindung der Medien und der PR-Agenturen. Es geht den StimmbürgerInnen weiterhin um politische Haltungen und Inhalte, und sie haben dazu dezidierte Meinungen.

Die SP und die Grünen werden bei den Wahlen 1999 Erfolg haben, wenn es ihnen gelingt, jene an die Urnen zu rufen, die sich Gedanken gemacht haben zur Armee, zum Sozialstaat, zu Europa, zur Integration der AusländerInnen, zur Tradition, zu Ruhe und Ordnung, zum Umweltschutz, zur Besteuerung der Reichen und zur Atomenergie. Kurz, jene, die sich als Linke verstehen. Das Schielen nach einer imaginären politischen Mitte hingegen erscheint in der Schweiz wenig erfolgversprechend.



Wahlverhalten nach soziologischen Kriterien

FRAUEN WÄHLEN ANDERS

Frauen wählen im grossen Ganzen wie die Männer, sie bevorzugen von den Bundesratsparteien leicht die SP – 54 statt 51 Prozent, die ihrem Stimmenanteil entsprechen –, sie haben gegen die SVP mehr Vorbehalte und wählen sie nur zu 46 Prozent. Zwischen Frauen und Männern ist, was die Bereitschaft angeht, sich im Links-rechts-Spektrum zu positionieren, eine starke Konvergenz zu beobachten. Bezüglich Interesse und Beteiligung hingegen bleibt ein gewisser Unterschied erhalten. Eine Aufschlüsselung nach Beschäftigung, Haushaltseinkommen, Bildungsstand und Zivilstand zeigt zudem markante Beteiligungsunterschiede unter den Stimmbürgerinnen. **Tabellen 7 + 8**

Vollzeitbeschäftigung ist bei Männern ein Merkmal der Integration in die Gesellschaft, und zwischen Vollzeitbeschäftigung und politischer Partizipation besteht bei Männern ein enger Zusammenhang. Anders bei den Frauen: Vollzeitbeschäftigung bedeutet zwar gesellschaftliche Integration, scheint aber der politischen Partizipation abträglich. Die Forscherinnen Thanh-Huyen Ballmer-Cao und Lea Sgier stellen zudem bei geschiedenen, verwitweten und älteren Frauen einen stärkeren Rückgang der Wahlbeteiligung fest, als bei Männern in gleichen Situationen zu beobachten ist.

Sie schreiben: «Obwohl die Individualisierung sowohl den Männern wie den Frauen Möglichkeiten bietet, mit den ihnen zugewiesenen Geschlechterrollen flexibler umzugehen, betrifft dieses Phänomen gegenwärtig in erster Linie die Frauen und bringt deshalb

eine 'Ent-Homogenisierung' der weiblichen Geschlechtergruppe mit sich. Das heisst, dass sich zwar eine Konvergenz zwischen den Geschlechtern etablieren könnte, dass aber gleichzeitig mit zunehmenden Divergenzen innerhalb der Gruppe der Frauen zu rechnen ist.»

WIE ARBEITERINNEN UND ANGESTELLTE WÄHLEN

ArbeiterInnen und Angestellte verteilen sich auf alle vier Bundesratsparteien ungefähr gleichmässig. Angestellte mit Führungsfunktion sind bei der FDP leicht übervertreten, bei der Freipartei stark. Eine vertiefte Analyse bei der Wahluntersuchung 1995 ergab zudem, dass ArbeiterInnen und Angestellten der staatlichen Betriebe eher SP, jene privater Betriebe eher FDP wählen. Nicht überraschend ist, dass die bürgerlichen Parteien in der alten Mittelklasse, also im bäuerlichen und gewerblichen Mittelstand, stark verankert sind. Nicht zu erwarten war der beachtliche Anteil der GPS in dieser Schicht.

Der Begriff «soziokulturelle SpezialistInnen», unter denen die GPS mehr noch als die SP einen überdurchschnittlich hohen WählerInnen-Anteil hat, meint Berufe im medizinischen und sozialen Bereich, Lehrberufe sowie in Kunst und Medien Tätige. **Tabelle 9.** Darin kommt auch die starke Verankerung der Linken in den neuen Bildungsschichten zum Ausdruck. **Tabelle 10** zeigt die Bedeutung von Familientradition und gesellschaftlicher Mobilität für die verschiedenen Parteien.

Wie bei der Abstimmungstreue zeigen CVP und FDP in der Generationentreue die höchsten Werte, SP und SVP zeigen umgekehrt eine bedeutend geringere Generationentreue. Die traditionelle Basis der SP wie jene der SVP, IndustriearbeiterInnen und BäuerInnen, sind wie keine andere gesellschaftliche Gruppe in den letzten Jahrzehnten geschrumpft. Die SVP hat eindeutig WählerInnen aus SP-Elternhäusern gewonnen. SP wie SVP haben die höchsten Anteile in der Rubrik «andere». Der Anteil WählerInnen aus bürgerlichen Familien ist bei der SP gleich gross wie jener aus traditionellen SP-Elternhäusern. Eindeutig aus bürgerlichen Verhältnissen kommen die GPS-Wählenden, unerwartet ist der hohe SVP-Anteil. Sehr gering – 6 Prozent der Befragten – ist der Anteil jener, deren Väter nicht stimmberechtigt waren, erstaunlich der hohe Anteil, der auf die FDP entfällt.

WER UM ARBEIT UND EINKOMMEN BANGT, WÄHLT NICHT DIE SVP

Nach den Wahlen 1995 behauptete Peter Bodenmann, der damalige SP-Präsident, die SVP habe ihre Stimmen bei den Ängstlichen und den ModernisierungsverliererInnen geholt. Auch Hanspeter Kriesi war dieser Ansicht. In der Wahluntersuchung 1995 gibt es dafür keine Hinweise. Im Gegenteil: Unter den SVP-Wählenden sind Arbeitslose unterdurchschnittlich vertreten. SVP-Wählende hegen die geringste Befürchtung, arbeitslos zu werden, und ihre finanzielle Situation erscheint stabil. Dass SVP-Wählende eher gut situiert sind, zeigt sich nicht zuletzt darin,

dass unter ihnen der zweithöchste Anteil von BesitzerInnen ihres Hauses zu finden ist. Die Wahluntersuchung fand nur für Luzern Hinweise dafür, dass die SVP junge Männer in schwierigen sozialen Verhältnissen anzieht. Im Gegensatz zu ihren Stammländern, wo die SVP eine Magistratenpartei ist, tritt sie in Luzern neu auf, und dies als bürgerliche Oppositionspartei (siehe Schloeth, WoZ Nr. 36/98). **Tabelle 11**

WIE WÄHLEN DIE ARMEN?

Von den rund 7500 Interviewten müssen 15 Prozent als «arm» bezeichnet werden. Als Armutsgrenze benützte die Studie die OECD-Definition: Einkommen von Einpersonenhaushalten, die unter 60 Prozent des Median-Einkommens liegen. Das Median-Einkommen (50 Prozent verdient mehr, 50 Prozent verdient weniger) lag 1995 in der Schweiz bei 3500 Franken. Das Armutseinkommen eines Einpersonenhaushalts lag entsprechend bei 2100 Franken. Die Wahluntersuchung bestätigte im Wesentlichen die Ergebnisse der Schweizer Armutstudien, die zeigen, dass RentenbezüglerInnen, allein erziehende Frauen und Personen mit schlechter Ausbildung das Gros der Armen bilden. Arme, so zeigt die Wahluntersuchung, wählen nicht stark vom Durchschnitt abweichend. Links-grün wählende Arme befürworten den Sozialstaat nicht mehr als der Durchschnitt dieser Wählerschaft, bei rechts wählenden Armen ist hingegen eine minim höhere Ablehnung festzustellen. **Tabelle 12**



© WOZ-GRAFIK 1998